



Brigitte Zypries
Mitglied des Deutschen Bundestages



Dr. Jens Zimmermann
Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 11. Dezember 2015

Mehr Geld für die Kreisagentur für Beschäftigung zur Eingliederung von Flüchtlingen in Arbeit

Der Bundestag hat die Mittel für die Jobcenter erhöht. Damit stehen im kommenden Jahr nun insgesamt 325 Millionen Euro mehr für Verwaltungskosten und 243 Millionen Euro für Leistungen zur Eingliederung von Flüchtlingen in Arbeit bereit. „Die erste Tranche dieser Summen wird Anfang Januar auf die Jobcenter verteilt. Der Kreisagentur für Beschäftigung im Landkreis Darmstadt-Dieburg stehen damit rund 1,3 Millionen Euro zusätzliche Mittel für Jobvermittlung und Qualifizierung bereit“, erklären die SPD-Bundestagsabgeordneten Brigitte Zypries und Dr. Jens Zimmermann.

Damit wird den hohen Anforderungen der Jobcenter, mit denen diese aufgrund der hohen Zuwanderung von Flüchtlingen konfrontiert sind, Rechnung getragen. „Aus zahlreichen Besuchen in Flüchtlingsunterkünften wissen wir, Flüchtlinge wollen arbeiten und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Daher ist es wichtig, dass sie, wie andere Arbeitsuchende auch, durch die Jobcenter ausreichend Unterstützung erfahren“, so Zypries und Dr. Zimmermann weiter. „Wir wollen, dass die Flüchtlinge mit gesichertem Aufenthaltsstatus und guter Bleibeperspektive möglichst schnell qualifiziert werden, um in Deutschland arbeiten zu können.“ Mit der Erhöhung der Mittel wird auch sichergestellt, dass trotz der gestiegenen Flüchtlingszahlen, die schon hier lebenden Menschen weiterhin die Unterstützung bekommen, die sie bei der Jobsuche brauchen.

Konkret erhält die Kreisagentur für Beschäftigung 732.420 Euro für Personal, welches bei der Jobsuche unterstützt, und 563.400 Euro für Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit wie beispielsweise Weiterbildungskurse. Diese Mittel werden zu Jahresbeginn ausgezahlt, eine zweite Tranche folgt im 2. Quartal 2016.